



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

**Haushaltsplan 2019/2020;  
hier: ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Sozialticket für Bedürftige  
(Kap. 09 06 neue TG)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird eine neue TG (ÖPNV-Ausgleichsleistungen für ein kostenloses Sozialticket für Bedürftige) mit Mitteln im Jahr 2019 von 8.000,0 Tsd. Euro und im Jahr 2020 von 40.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

### **Begründung:**

Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln sollen nicht in ihrer unmittelbaren Mobilität und der Nutzung des ÖPNV eingeschränkt sein. Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern für Bedürftige kostenlos nutzbar zu machen, wird diese TG neu eingerichtet. Profitieren sollen von einem Sozialticket beispielsweise Bezieher von SGB-II-Leistungen sowie Haushalte mit einem Einkommen von bis zu 60 Prozent des mittleren Haushalteinkommens, die nach dieser allgemeinen Definition als „arm“ gelten.

Der Freistaat Bayern soll sämtliche Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsbünde ein solches Sozialticket einzuführen.

Mit den Zuweisungen werden die Träger, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, entlastet. Mit den Mitteln der neuen TG können auch erste Anlaufkosten, die bei der Umstellung von Tarifstrukturen anfallen, ausgeglichen werden.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende hin vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß rechnet sich für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.